

Seoul: Neue Lösungsansätze für die Schuldenkrise

Von Rüdiger von Rosen, Frankfurt/M.

I.

“The international economic system has reached the point of no return. There is no alternative to closer cooperation and leadership. If each country, to the best of its ability, tackles its own problems and makes its contribution, in a spirit of shared responsibility, to a resolution of the problems facing the world economy, then the hard-won progress of recent years will be preserved and economic growth will be consolidated and extended for the benefit of all countries. The multilateral institutions are at hand to help coordinate these efforts. The challenge is one we cannot fail to meet. We know what has to be done. It is now up to the international community to act, and to act together.”

Dieses Urteil des Geschäftsführenden Direktors des Internationalen Währungsfonds (IWF), des Franzosen *Jacques de Larosière*, charakterisiert den Ernst der Schuldensituation vieler Länder. Es zeigt gleichzeitig den Willen und die Bereitschaft aller Beteiligten zu gemeinsamer Verantwortung für die Funktionsfähigkeit des internationalen Währungs- und Finanzsystems. Zentrales Thema der Weltwährungskonferenz von Seoul war also die internationale Verschuldung. Mit seinem konstruktiven Geist könnte Seoul hierzu einen neuen Lösungsweg aufzeigen.

Vom 3. bis 12. Oktober 1985 stand die südkoreanische Hauptstadt im Mittelpunkt des internationalen Finanzgeschehens. Sie war Gastgeber für die turnusgemäß alle drei Jahre außerhalb Washingtons abgehaltene Jahrestagung von IWF und Weltbank. Mehr als 10 000 Besucher, offizielle Delegierte aus 149 Mitgliedsländern, Vertreter von praktisch allen im internationalen Kreditgeschäft tätigen Banken und mehr als 800 Journalisten waren nach Seoul zur diesjährigen 40. Jahresversammlung gekommen. Süd-Korea präsentierte sich als dynamisches, gut organisiertes industrielles Schwellenland. Als jüngstes IWF-Mitgliedsland wurde das Königreich Tonga auf der Jahresversammlung willkommen geheißen. Die eigentliche Jahrestagung

begann erst am 8. Oktober. Ihr gingen die Sitzungen im Rahmen der Fünfer- und der Zehnergruppe, des Interimsausschusses, der Gruppe der 24, des Entwicklungsausschusses wie auch verschiedene regionale Treffen und Abstimmungen voraus. Wie immer, bot diese Währungskonferenz wie kein anderes internationales Treffen die Möglichkeit zu vielfältigen Kontakten am Rande des Tagungsgeschehens.

II.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für dieses Währungstreffen waren eher ungünstiger als zu Beginn dieses Jahres. Zwar fehlte die Dramatik, die die Konferenzen 1982 und 1983 überschattet hatte. Damals drohte dem Weltfinanz- und Währungssystem wegen der Schuldenkrise ein finanzieller Kollaps. Den Akzent setzte diesmal das unter den Teilnehmern wachsende Bewußtsein, daß die Schuldenkrise wieder an Brisanz gewonnen hat. Die Äußerungen vieler politischer Führer, besonders der aus einigen lateinamerikanischen Schuldnerländern, deuteten bereits im Vorfeld der Seouler Tagung eine Klimaverschlechterung an. Auch die gegenüber dem Frühjahr 1985 etwas gedämpfteren Wachstumserwartungen seitens des IWF-Stabs trugen nicht zu einer Stimmungsverbesserung unter den teilnehmenden Delegationen bei. Der Stab hatte das reale Wachstum der Weltwirtschaft für 1985 auf 3,1 %, nach 4,5 % im Vorjahr, veranschlagt. Verantwortlich für diese schlechtere Prognose sei der „dramatische“ Wachstumsrückgang in den USA, die im Jahr 1984 mit 6,8 % realem Wachstum eine Lokomotivrolle übernommen hätten. Die Wachstumsaussichten für Europa wurden vom IWF-Stab gegenüber der Frühjahrsprognose unverändert beurteilt, allerdings auf dem niedrigen Niveau von 2,3 %. Das ist weniger als das auf 2,8 % taxierte Durchschnittswachstum aller Industrieländer zusammen. Für 1986 wird mit einer leichten Wachstumsbeschleunigung in den Industrieländern auf 3,1 % gerechnet.

Deutlich ungünstiger fiel die Wachstumsschätzung für die Entwicklungsländer mit 3,6 % im laufenden Jahr aus. Die Konjunkturabschwächung in den Industrieländern und sinkende Rohstoffpreise haben die Lage dieser Ländergruppe eher verschlechtert. Dies trifft allerdings nicht alle Länder gleichmäßig. Bei den ölexportierenden Ländern rechnet man nur mit einem Zuwachs von 1 %, bei den übrigen Rohstoffexporteuren von 2,7 % und bei den Exportländern von Halb- und Fertigwaren – überwiegend Schwellenländern – von immerhin 7,4 % für 1985. Diese gegenüber der Frühjahrs-schätzung des IWF etwas zurückgestellten Erwartungen konnten auch nicht durch eine Reihe günstigerer Rahmenbedingungen wettgemacht werden.

So erwartet der Stab eine weiterhin erfolgreiche Inflationsbekämpfung in den Industrieländern. Hierin sieht er einen wichtigen Beitrag der Geldpolitik für höheres Wachstum, international rückläufige Zinsen und damit Zahlungserleichterungen bei den Schuldnerländern sowie steigende Investitionen aufgrund verbesserter Ertragserwartungen in den Industrieländern. Die Leistungsbilanzen sowohl der Industrie- als auch der Entwicklungsländer werden sich nach Einschätzung des Stabes im Jahr 1986 bilateral nicht entscheidend verändern (vgl. Tabelle 1); allerdings wird es erhebliche Verschiebungen innerhalb der Industrieländer geben. Das mit Abstand größte Leistungsbilanzungleichgewicht hat sich zwischen den Vereinigten Staaten und Japan entwickelt. Das Defizit der USA ist mit 3,1 % im Verhältnis zum Bruttonsozialprodukt nahezu genauso groß wie der Leistungsbilanzüberschuß Japans mit 3,2 % (jeweils erstes Quartal 1985). Nach Einschätzung des IWF-Stabes wird diese Defizit-Überschuß-Position auch 1986 anhalten.

Was die Verschuldung anbelangt, so rechnet der IWF-Stab bei realen jährlichen Wachstumsraten von rund 3 % in den Industrieländern und 4 bis 5 % in den Entwicklungsländern mit einem Rückgang der Auslandsschuld bis 1990 von derzeit rund 150 % der Exporterlöse auf 108 %. Die Zinsendienstquote soll von gegenwärtig 13 % der Exporterlöse auf 8,5 % sinken. Der IWF weist jedoch darauf hin, daß diese mittelfristigen Voraussagen mit erheblichen Risiken belastet sind. So gehören der wachsende protektionistische Druck, die Entwicklung des amerikanischen Leistungsbilanz- wie auch des Haushaltsdefizits sowie die anhaltende Schwäche auf dem Ölmarkt zu den Unwägbarkeiten der künftigen Schuldensituuation.

Diese Fragen bewegten auch den Interimsausschuß, das der Jahresversammlung vorgesetzte Beratungsgremium des IWF-Gouverneursrates. Auf seiner 25. Sitzung vom 6. und 7. Oktober 1985 beschäftigte er sich intensiv mit der Weltwirtschaftslage und brachte seine Sorge zum Ausdruck über das Fortbestehen hoher Haushaltsdefizite in einigen Ländern sowie über eine unhaltbare Konstellation von Leistungsbilanzungleichgewichten und niedrigen Rohstoffpreisen. Bemängelt wurden darüber hinaus strukturelle Verhärtungen, die das Wachstum in vielen Volkswirtschaften hemmen, sowie das Wiederaufleben protektionistischer Bestrebungen.

III.

Das Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der fünf wichtigsten westlichen Industrieländer am 22. September 1985 in New York hat bewirkt, daß der Dollarkurs und damit das Wechselkursgefüge zwischen

Tabelle 1: Zusammenfassende Übersicht der Leistungsbilanzen 1977 - 1986^{a)}
 (in Milliarden US-Dollar)

a) Güter, Dienstleistungen und private Übertragungen. – b) geschätz

Quelle: World Economic Outlook. Internationaler Währungsfonds, Oktober 1985.

den wichtigsten Währungen in Seoul nicht stärker diskutiert wurde. Der Vereinbarung der Fünfergruppe lag unter anderem die Idee zugrunde, die Wechselkurse wieder stärker den fundamentalen Wirtschaftsverhältnissen folgen zu lassen, und in einer Übergangszeit mit Interventionen nachzuhelfen. Für die Vereinigten Staaten bedeutete dies eine Kehrtwendung um 180 Grad in der Wechselkurspolitik. In Seoul präsentierte sich die US-Valuta gegenüber dem G 5-Treffen um rund 12 % gegenüber dem Yen, 10 % gegenüber der D-Mark und 5 % gegenüber dem englischen Pfund abgewertet. Diese Wechselkursentwicklung wurde von vielen Seiten als befriedigend angesehen. Zusammen mit der Verpflichtung der Fünfergruppe, in ihren Ländern protektionistischem Druck entgegenzutreten sowie die internationalen Institutionen zu stärken, spielten die Defizite und der Wechselkurs der USA nicht mehr die im Vorfeld der Jahresversammlung vermutete Rolle. Das Fünfertreffen hat damit zu der guten Atmosphäre in Seoul und dem Geist weitgehend kooperativer Zusammenarbeit beigetragen.

IV.

Was die IWF-spezifischen Themen wie

- Zugangsgrenzen zu den IWF-Mitteln,
- SZR-Zuteilung sowie
- Verwendung der Mittel des Treuhandfonds
- Weiterentwicklung des Weltwährungssystems

anbelangt, so waren zwar Meinungsverschiedenheiten – auch mit gelegentlichen Schärfen – vorhanden, dennoch liegen die Ergebnisse auf der Linie eines tragbaren Kompromisses. Eine Anzahl von Mitgliedern hat allerdings ihre von der Stimmenmehrheit abweichende Meinung – beispielsweise für die Beibehaltung unveränderter Obergrenzen beim Erweiterten Zugang oder bei der SZR-Zuteilung – förmlich zu Protokoll gegeben.

Der Interimsausschuß verständigte sich darauf, den Rückgriff auf Fondsmittel im Rahmen der Politik des Erweiterten Zugangs im Jahr 1986 auf folgende Ziehungsgrenzen zu begrenzen:

- 90 bzw. 110 v. H. der Quote in einem Jahr,
- 270 bzw. 330 v. H. der Quote in einem Dreivierteljahreszeitraum,
- 400 bzw. 440 v. H. der Quote kumulativ, jeweils entsprechend dem Ausmaß des Zahlungsbilanzbedarfs eines Mitgliedslandes und der Stärke der Anpassungsanstrengungen.

Die leichte Kürzung der Obergrenzen entspricht amerikanischen, japanischen und deutschen Vorstellungen. Sie bekräftigt die bei Einführung vorgesehene Absicht einer zeitlichen Befristung des Erweiterten Zugangs. Allerdings sollen bei Vorliegen außergewöhnlicher Umstände wie beispielsweise Exportausfällen etc. bis auf weiteres unveränderte Limite durch das Exekutivdirektorium genehmigt werden können.

Kontrovers wurde im Interimsausschuß die Frage einer SZR-Neuzuteilung diskutiert. Allerdings war von vornherein erkennbar, daß in dieser Frage ein Antrag des Geschäftsführenden Direktors auf Neuzuteilung keine ausreichende Mehrheit gefunden hätte. Eine Reihe von Industrieländern mit ausreichender Sperrminorität konnte nämlich keinen globalen Reservebedarf, was nach dem IWF-Abkommen das entscheidende Kriterium für eine Zuteilung ist, erkennen. Für eine Neuzuteilung von Sonderziehungsrechten war unter anderen der französische Finanzminister Bérégovoy eingetreten.

“I regret that it has not been possible to reach agreement on a new allocation of SDRs, even though the reserves of the developing countries are shrinking, and I even more deeply regret the decision to reduce, even symbolically, the limits on access to Fund resources. This decision was not justified on technical grounds, as the Fund has adequate resources available. Politically, it was inopportune.”

Für die nächste Sitzung des Interimsausschusses am 9. und 10. April 1986 in Washington wurde das Exekutivdirektorium beauftragt, die bereits geplante Überprüfung aller Aspekte der Rolle des SZR im internationalen Währungssystem vorzunehmen und die Überlegungen dem Ausschuß als Beratungsunterlage vorzulegen.

Längerer Raum in Diskussion und Communiqué des Interimsausschusses nahm die Frage der Verwendung der Mittel des Treuhandfonds ein. Im Zeitraum 1985 bis 1991 werden Rückzahlungen von Krediten dieses Fonds in Höhe von etwa 2,7 Mrd. SZR erfolgen. Der Treuhandfonds war gespeist worden aus einem Teil der vom IWF bei Goldverkäufen erzielten Gewinne, um Ländern mit niedrigem Volkseinkommen Kredite zu „weichen“ Bedingungen zu gewähren. Die Rückflüsse sollen nach den Beschlüssen von Seoul ebenfalls zu gleichen Bedingungen ($1\frac{1}{2}\%$ Zins, Rückzahlung nach 10 Jahren) an den gleichen Länderkreis, der sich für die Vergabe von IDA-Mitteln qualifiziert, ausgeliehen werden.

Allerdings müssen die Kreditnehmer bereit sein, mittelfristig angelegte Strukturanpassungsprogramme zur Förderung wirtschaftlichen Wachstums durchzuführen. Die starke Verankerung einer strukturellen Anpassung, die regelmäßig überprüft werden soll, macht eine enge Zusammenarbeit von

Fonds und Weltbank erforderlich; dabei soll allerdings eine „Doppelkonditionalität“ vermieden werden.

Lediglich ein erster Meinungsaustausch wurde im Interimsausschuß über die von der Zehnergruppe und der Gruppe der 24 vorgelegten Berichte über das internationale Währungssystem geführt. Mehr war zu diesem Zeitpunkt auch kaum möglich gewesen. Der Ausschuß wies das Exekutivdirektorium des IWF an, die in den beiden Studien angesprochenen Fragen eingehend zu erörtern, um die anstehende Aussprache anlässlich der Frühjahrssitzung vorzubereiten. Von dem von der Gruppe der 24 geforderten gemeinsamen Unterausschuß von Interims- und Entwicklungsausschuß war ebensowenig mehr die Rede wie von der insbesondere von Frankreich zeitweilig propagierten Sondersitzung zu diesem Thema.

V.

Über die Schuldensituation vieler IWF-Mitgliedsländer äußerte sich der Interimsausschuß relativ vage, ohne jedoch die verschlechterten außenwirtschaftlichen Bedingungen der Entwicklungsländer zu beschönigen (vgl. Tabelle 2). Die Nachfrageabschwächung auf dem Exportmarkt, niedrigere Rohstoffpreise, Schwierigkeiten bei der Wiedererlangung des Zugangs zu den Kapitalmärkten wurden als Probleme im Ausschuß deutlich angesprochen. Als Bedingungen für eine Rückkehr zu höheren und dauerhaften Wachstumsraten in der Dritten Welt wurden unter anderem eine Fortsetzung des Aufschwungs und das Offenhalten der Märkte in den Industrieländern angesehen. Auch „fresh money“ aus öffentlichen und aus privaten Quellen zu möglichst niedrigen Zinsen wurde als wichtiger Faktor für eine Stabilisierung genannt. Andererseits wurde nicht verschwiegen, daß wirksame Anpassungsmaßnahmen in den Schuldnerländern selbst unverzichtbar sind. Nur im Rahmen einer „Hilfe für Selbsthilfe“ seien viele der finanziellen und wirtschaftlichen Probleme lösbar. Bekräftigt wurde erneut die Schlüsselrolle des IWF bei der Förderung des Anpassungsprozesses, bei der Bereitstellung von Zahlungsbilanzfinanzierungen und bei den Bemühungen um Mobilisierung von Finanzmitteln für die Schuldnerländer.

VI.

Auf der Suche nach Lösungsmöglichkeiten für das internationale Schuldenproblem kam dem amerikanischen Finanzminister *Baker* in Seoul eine Schlüsselrolle zu. In einer dramaturgisch kaum mehr überbietbaren Regie, die vom Fünfertreffen in New York, über mehrfache Pressegespräche sowie

Tabelle 2: Kapitalimportierende Entwicklungsländer: Auslandsverschuldung und Schuldendienst 1977 - 1986^{a)}
 (in % der Ausfuhren von Gütern und Dienstleistungen, soweit nicht etwas anderes angegeben)

	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986
<i>Auslandsverschuldung</i>										
Kapitalimportierende Länder (in Mrd. US-\$)	127.1	132.8	120.4	110.4	123.1	147.7	158.2	150.7	157.1	150.4
Afrika	333.5	399.5	475.0	566.8	662.4	749.1	796.9	829.5	865.1	895.7
Asien	112.2	123.7	106.0	87.4	112.2	147.1	165.0	169.5	176.5	169.2
Europa	87.7	81.6	74.4	71.2	74.3	87.0	92.4	86.0	91.4	89.7
Nicht-Öl-Entwicklungsländer des Mittleren Ostens	120.0	128.1	119.9	119.5	115.9	123.2	130.0	126.5	130.3	122.1
Westliche Hemisphäre	163.7	167.1	154.4	122.8	128.2	143.2	164.2	162.8	180.5	176.1
Kreditnehmer mit marktmäßiger Verschuldung	192.6	215.7	196.8	181.8	207.7	264.7	288.0	271.5	283.0	272.0
Kreditnehmer bei öffentlichen Stellen	119.8	126.1	112.4	103.1	118.6	147.0	156.4	146.9	150.5	141.8
Länder, die in jüngster Zeit Schuldendienstprobleme hatten	148.1	162.1	151.9	155.6	179.6	216.4	241.3	258.6	286.2	289.3
Länder ohne Schuldendienstprobleme	172.2	196.2	179.4	166.5	192.9	242.7	265.4	252.4	258.6	246.0
<i>Schuldendienstzahlungen</i>										
Kapitalimportierende Länder (in Mrd. US-\$)	15.0	18.5	18.8	17.1	20.6	24.1	22.0	23.4	25.6	23.4
Afrika	39.4	55.7	74.1	87.8	110.7	122.4	111.0	128.6	140.8	139.5
Asien	11.0	14.0	14.0	13.3	15.1	19.4	22.9	26.3	32.4	29.8
Europa	8.1	10.1	8.8	8.2	9.7	11.4	10.7	11.7	13.0	12.3
Nicht-Öl-Entwicklungsländer des Mittleren Ostens	14.6	16.3	18.2	18.3	20.9	22.2	24.5	26.9	28.9	24.9
Westliche Hemisphäre	17.5	17.4	18.8	17.9	21.5	22.4	23.6	25.4	27.9	26.3
Kreditnehmer mit marktmäßiger Verschuldung	28.2	37.1	38.8	33.0	40.6	50.4	40.7	41.6	44.1	40.9
Kreditnehmer bei öffentlichen Stellen	15.9	20.5	20.8	18.2	22.1	26.7	23.7	24.9	26.8	24.0
Länder, die in jüngster Zeit Schuldendienstprobleme hatten	12.5	13.0	12.2	13.5	14.8	15.6	17.7	21.7	26.0	27.3
Länder ohne Schuldendienstprobleme	22.0	28.8	30.0	26.5	33.2	40.8	36.1	37.6	41.3	38.1
Afrika	10.2	11.9	11.5	10.9	12.4	14.3	14.1	15.4	16.8	15.4

a) Ohne die acht großen Ölexportländer des Mittleren Ostens. Die Schulden/Ausfuhr-Relationen geben das Verhältnis zwischen der Gesamtverschuldung zum Ende eines Jahres und den Ausfuhren von Gütern und Dienstleistungen in diesem Jahr an. Die Schuldendienstzahlungen und -quoten beziehen sich auf alle Zinszahlungen zuzüglich Tilgungszahlungen auf langfristige Schulden.

Quelle: World Economic Outlook, Internationaler Währungsfonds, Oktober 1985.

über die vorgesetzten Beratungsgremien im Vorfeld der Jahresversammlung reichte, hielt sich der US-Finanzminister mit seinem lange angekündigten Plan bis zu seiner Rede auf der Jahresversammlung zurück. Das von *Baker* dann angekündigte „Programm für anhaltendes Wachstum“ enthält drei essentielle und sich gegenseitig bedingende Schwerpunkte:

- (1) die Aufforderung an die Hauptschuldnerländer, umfassende makroökonomische und strukturelle Maßnahmen zur Förderung von Wachstum, Zahlungsbilanzanpassungen zu ergreifen und die Inflation abzubauen;
- (2) das Fortbestehen der Schlüsselrolle für den IWF in Verbindung mit verstärkten Ausleihungen von Weltbank und regionalen Entwicklungsbanken;
- (3) erhöhte Ausleihungen der privaten Kreditinstitute.

Baker bekräftigte, daß alle angestrebten Lösungen marktmäßiger Natur sein müssen und daß von der seit drei Jahren erfolgreich betriebenen, differenzierte Lösungen erlaubende „case by case“-Strategie nicht abgegangen werden solle. IWF und Weltbank müßten seiner Ansicht nach künftig stärker als bisher auf strukturelle wachstumsfördernde Anpassungsmaßnahmen einwirken. Der US-Finanzminister erwartete gerade von der Weltbank, aber auch von einer regionalen Entwicklungsbank wie der Inter-American Development-Bank, deren Ausleihungen 1985 zurückgegangen waren, daß sie das derzeitige Volumen ihrer jährlichen Neuausleihungen von zusammen rund 6 Mrd. US-Dollar um etwa 50% erhöhten. Er war sich darüber klar, daß verstärkte Ausleihungsprogramme nur durch entsprechend gesteigerte Mittelaufnahmen auf den internationalen Kapitalmärkten finanziert werden könnten.

Von den Geschäftsbanken erhoffte *Baker* „fresh money“ in Höhe von 20 Mrd. Dollar in den nächsten drei Jahren für die hoch verschuldeten Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen. Dazu gehören primär Mexiko, Argentinien, Brasilien, Chile, Venezuela, Uruguay, Ecuador, Kolumbien, Peru, Bolivien, Jugoslawien, Philippinen, Nigeria, Elfenbeinküste und Marokko. *Baker* äußerte die Absicht „to see the banking community make a pledge to provide these amounts of new lending and make it publicly, provided the debtor countries also make similar growth-oriented policy commitments as their part of the cooperative effort“. Er forderte die Bankenvertreter auf, zu seinem Plan Stellung zu nehmen.

Die Reaktionen in der Öffentlichkeit waren gespalten. Einerseits wurden *Bakers* Vorschläge von Regierungsvertretern wie auch Bankiers als Schritt in die „richtige Richtung“ bezeichnet. Die Presse sprach unter anderem von einer „neuen Führungsrolle der USA“ (Finanz und Wirtschaft), „US Unveils

World Dept Crisis Initiative“ (The Wall Street Journal), „Amerikaner gehen in Seoul aus ihrer Defensive heraus“ (Südd. Zeitung), „USA wecken Erwartungen über neue Lösungen der Schuldenkrise“ (VWD), „Cautious welcome for U.S. plan on Third World debt“ (Financial Times).

Andererseits wurde mit Skepsis nicht hinter dem Berg gehalten. Von allen wurde bemängelt, daß Finanzminister *Baker* in seiner Ansprache mit keinem Wort das Budgetdefizit der USA erwähnt bzw. fundamentale Änderungen amerikanischer Haushalts- und Geldpolitik angekündigt habe. Angekreidet wurde den US-Vertretern auch, daß sie sich bezüglich der Mittelaufstockung für Weltbank und Entwicklungsbanken merklich zurückgehalten hätten. Als einziges Land haben sich die USA beispielsweise im Entwicklungsausschuß noch nicht bereit erklärt, in Verhandlungen über eine Aufstockung des Weltbankkapitals zu beginnen. Hinsichtlich der IDA-Aufstockung haben sich die US-Vertreter überhaupt nicht geäußert. Diese amerikanische Haltung vertrüge sich nach in Seoul vielfach geäußerter Meinung nicht mit der amerikanischen Forderung nach Stärkung der internationalen Institutionen, insbesondere Weltbank und IDA. Bundesfinanzminister Dr. *Stoltenberg* forderte dazu: “As far as The World Bank is concerned, concrete negotiations on a capital increase should begin as soon as possible. A substantial strengthening of the capital base of the Bank is essential to enable this institution to play its increasingly important role in promoting development and prosperity in its member countries. At the same time, Germany reaffirms its continuing support for an increase in the resources to be made available to the International Development Association (IDA) in the context of the Eighth IDA Replenishment.”

Die starke Einbindung der Geschäftsbanken als Geldgeber in das *Baker*-Konzept rief hier und da Erinnerungen an das „arm twisting“ vergangener Jahre wach. Bundesfinanzminister *Stoltenberg* und Bundesbankpräsident *Pöhl* versicherten den in Seoul versammelten deutschen Bankenvertretern, daß, wie in der Vergangenheit, nicht daran gedacht sei, von seiten der deutschen Währungsbehörden Druck auf die Banken hinsichtlich ihrer Kreditvergabepraktiken auszuüben.

VII.

Im Rahmen der allgemeinen Schuldendiskussion spielten die anhaltenden Kapitalabflüsse aus den hochverschuldeten Ländern eine wesentliche Rolle. Nach einer in Seoul vorgelegten Untersuchung der amerikanischen Großbank Morgan Guaranty Trust Company betrugten im Zeitraum 1983/1984 die Kapitalabflüsse aus den zehn größten Schuldnerländern mehr als \$ 20

Mrd. mit weiterhin anhaltender Tendenz. Die Morgan-Bank kommt zu dem Ergebnis, daß sich die Schuldenlage dieser zehn größten Schuldnerländer vor dem Hintergrund wieder nachlassender Exporte verschlechtert habe. Das Verhältnis von Auslandsverschuldung zu Exporten habe sich in den genannten Ländern insgesamt seit 1982 deutlich von 257% auf 308% im Jahr 1985 verschoben, im Falle Argentinien sogar auf 483%. In kaum einem Land sei trotz der vielfältigen Eigenanstrengungen wie auch erheblicher Neukredite eine Besserung eingetreten. Die Aufforderung an die Schuldnerländer, wirksamere Anpassungsmaßnahmen in Eigenverantwortung zu betreiben, hat ihren Grund in dieser Entwicklung.

VIII.

Nicht verwundert hat in Seoul der Verzicht von Weltbankpräsident *A. W. Clausen* auf eine neue Kandidatur. Nach den vielfältigen Spekulationen in Washington über Clausen's Amtsführung und ein mögliches Überwechseln des gegenwärtigen Fed-Präsidenten *Volcker* zur Weltbank war dieser Schritt keine Überraschung mehr. Volcker hat inzwischen jedoch abgewunken, so daß die Vereinigten Staaten nunmehr einen anderen Kandidaten präsentieren müssen. Der bisherigen Regelung entsprechend wird der Posten des Weltbankpräsidenten mit einem Amerikaner besetzt. Auf der nächsten Jahresversammlung der Bretton Woods-Institute vom 30. 9. bis 3. 10. 1986 in der amerikanischen Hauptstadt Washington D.C. wird Clausen nicht mehr die Weltbank vertreten. Die Tagung 1987 findet ebenfalls in Washington statt, und zwar vom 29. 9. bis 2. 10. Die Jahresversammlung 1988 ist vom 27. bis 30. 9. nach Berlin vergeben worden.

Zusammenfassung

Seoul: Neue Lösungsansätze für die Schuldenkrise

Die Jahresversammlung 1985 von Internationalem Währungsfonds und Weltbank fand vom 8. bis 12. 10. in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul vor Delegierten aus 149 Mitgliedsländern und insgesamt über 10 000 Teilnehmern statt. Beherrschende Themen dieser in einer konstruktiven Atmosphäre verlaufenen Währungskonferenz waren vor allem die von US-Finanzminister Baker vorgetragenen Lösungsansätze zur Überwindung der Schuldenkrise, der Appell an die Schuldnerländer, verstärkte Eigenanstrengungen hinsichtlich umfassender makroökonomischer und struktureller Maßnahmen in Angriff zu nehmen sowie die Auswirkungen der ungünstiger als noch im Frühjahr eingeschätzten weltwirtschaftlichen Lage. Für eine SZR-Neuzuteilung fand sich in Seoul trotz Meinungsverschiedenheiten keine Mehrheit. Bei dem Erweiterten Zugang zu den Fondsmitteln wurde erwartungsgemäß eine leichte Kürzung der

Obergrenzen beschlossen. Den ärmsten Ländern sollen aus rückfließenden Mitteln des Treuhandfonds in den kommenden fünf Jahren ca. 2,7 Mrd. SZR zu konzessionären Bedingungen zur Verfügung gestellt werden.

Summary

Seoul: New Approaches to a Solution of the Debt Crisis

The 1985 Annual Meeting of the International Monetary Fund and World Bank was held in the South Korean capital, Seoul, from October 8 to 12 and was attended by delegates from 149 member countries and more than 10,000 participants in all. The main topics at this monetary conference, which was held in a constructive spirit, were the approaches to a solution of the debt crisis that were outlined primarily by US Treasury Secretary *Baker*, the appeal to the debtor countries to redouble their efforts to implement comprehensive macroeconomic and structural measures, and the effects of the global economic situation, which was rated less favourable than it had been in the spring. In spite of differences of opinion, there was no majority in Seoul in favour of a new allocation of SDRs. In the case of the Policy of Enlarged Access to Fund Resources, a slight lowering of the upper limits was approved, as expected. In the next five years, the poorest countries are to receive around SDR 2.7 billion on concessionary terms from resources flowing back to the Trust Fund.

Résumé

Seoul: «nouveaux embryons de solution pour la crise de l'endettement»

L'Assemblée annuelle du Fonds monétaire international et de la Banque mondiale s'est tenue du 8 au 12 octobre 1985 à Séoul, capitale de la Corée du Sud, en présence des délégués de 149 pays membres et de plus de 10.000 participants. Au cours de cette réunion, qui s'est déroulée dans une atmosphère très constructive, plusieurs questions ont dominé les débats: les solutions proposées par le Ministre américain des finances, *M. Baker*, pour tenter de surmonter la crise de l'endettement, l'appel lancé aux pays débiteurs pour leur demander d'accroître leurs efforts afin que soient prises des mesures macroéconomiques et structurelles d'une grande portée, et les répercussions de la détérioration depuis le printemps de la situation de l'économie mondiale. En dépit des divergences d'opinions, aucune majorité ne s'est dégagée à Séoul en faveur d'une nouvelle allocation de DTS. En ce qui concerne l'accès élargi aux ressources du Fonds, il a été décidé, comme on s'y attendait, d'abaisser légèrement les plafonds. Au cours des cinq prochaines années, un montant d'environ 2,7 milliards de DTS provenant du remboursement des prêts du Fonds fiduciaire sera mis à la disposition des pays les plus pauvres à des conditions concessionnelles.